

Die unsichere Stadt

Im Straßennetz Leipzigs gibt es mehrere risikobehaftete Gefahrenstellen – nicht nur für Radfahrer. Wie plant die Politik, hier Abhilfe zu schaffen?

Ab Seite 18

POLITIK

Jahrtausendfeld und Kleinmesse am Cottaweg

– Entscheidungen zur Nutzung und weitere Beschlüsse des Leipziger Stadtrats.

Ab Seite 4

POLITIK

AfD-Trick scheitert

Michael Kretschmer erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.

Seite 11

Editorial

Von Lucas Böhme

Liebe Leser*innen, das Jahr 2024 verging wieder mal wie nichts und neigt sich seinem Ende entgegen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Bei mir liegen „zwischen den Jahren“, wie die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr genannt werden, Hoffnung und Pessimismus in Bezug auf den Zustand unserer Welt dicht beieinander. Was sich wohl auch aus der Nachrichtenlage erklärt: In Syrien ist das brutale Assad-Regime am 8. Dezember unter dem Ansturm von Rebellen nach Jahrzehnten kollabiert. Zweifellos eine tolle Nachricht für viele Syrerinnen und Syrer vor Ort, aber auch die Exil-Community nicht zuletzt in Deutschland. In die Hoffnung mischt sich freilich bange Ungewissheit, welche Zukunft Syrien bevorsteht. Denn so begrüßenswert der Wegfall einer grausamen Diktatur ist, so sehr stellt sich die Frage, ob den Menschen unter den neuen Regenten ein Leben in Stabilität und Würde gegeben wird – oder ob es wieder zu einem Machtvakuum und Bürgerkrieg kommt. Die Zeit wird es zeigen. Jüngst erreichte uns die entsetzliche Nachricht vom Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt, mit einem mutmaßlichen Täter, der in kein Schema klar zu passen scheint.

In den USA tritt Politrüpel Donald Trump seine zweite Präsidentschaft an, die Kriege scheinen weder in der Ukraine noch im Nahen Osten zu enden, und vom Klimawandel wollen wir gar nicht erst anfangen. Womöglich ist es dennoch – oder eben deshalb – jetzt, „zwischen den Jahren“, auch mal geboten, zu reflektieren: Was man in diesem Jahr persönlich erreichen konnte, welche kleinen Glücksmomente man hoffentlich privat erlebt hat, wie gut es uns in Deutschland – bei aller berechtigten Sorge! – im globalen Maßstab meist immer noch geht. In wenigen Wochen wird der Bundestag neu gewählt. Sicher ist: Auch das Jahr 2025 dürfte ein bewegtes werden. Umso wichtiger ist es, Ruhe und Zuversicht zu wahren. Dass Ihnen das gelingt und Sie alle einen friedlichen Jahreswechsel erleben, wünscht Ihnen Ihr LZ-Team. ■

Foto: LZ



Diesen Monat in der LZ

STADTRAT

Flughafenausbau, Naturkundemuseum, Haushalt und Prager Straße
Seite 4

THEMEN DES MONATS

AfD scheidet mit Kemmerich-Trick
Seite 11

Pleißemühlgraben an der Hauptfeuerwache
Seite 12

Zurück zur Gleichbehandlung
Seite 13

BSW fordert Stopp von Fördergeldern
Seite 14

Leipzigs Doppelhaushalt 2025/2026
Seite 16

KOLUMNEN

Konstanze Caysa, Jens-Uwe Jopp und Tom Rodig
ab Seite 22



BILD DES MONATS

Regimesturz

Die überraschende Nachricht vom Sturz des blutrünstigen Regimes von Baschar al-Assad in Syrien elektrisiert am 8. Dezember die Exil-Community. Tausende Menschen feiern an jenem Sonntag auch in Leipzig spontan den Zusammenbruch der Diktatur, ziehen von der Eisenbahnstraße im Osten Richtung Innenstadt. Zugleich kommt es zu Hupkonzerten und Korsos, bei denen die syrische Flagge geweht wird. ■

IMPRESSUM

LZ Medien GmbH

Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065-210, E-Mail: redaktion@l-iz.de
www.l-iz.de

Geschäftsführung: Robert Dobschütz
Amtsgericht Leipzig – HRB 31801

Redaktion

Alexander Böhm,
Lucas Böhme, David Gray,
Jan Kaefer, Jens-Uwe Jopp,
Birthe Kleemann,
Konstanze Caysa,
Ralf Julke, René Loch,
Tom Rodig, Antonia Weber

Satz und Layout

Henri Selbmann

Anzeigenleitung

Robert Dobschütz
Tel. 0341 2288918
r.dobschuetz@l-iz.de

Lektorat

Petra Dobschütz,
Sabine Eicker

Abonnements

und Leserservice
service@l-iz.de

RECHT + GERICHT

Gewaltverbrechen am Hauptbahnhof: Urteil gegen mutmaßlichen Mörder erwartet

Seite 25

DIE UNSICHERE STADT

Der Ring ist für Autos da!

Seite 18

Brennpunkt Prinz-Eugen-Straße/
Wolfgang-Heinze-Straße

Seite 20

Überweg am Goethesteig

Seite 21



Schau
mal rein.



➔ www.youtube.com/@Leipziger-Zeitung

Foto: Jan Kaefer



Thomas Kumbernuß (Die PARTEI, Freie Fraktion) am 18. Dezember in der Ratsversammlung

KOMMUNALPOLITIK

Der Stadtrat tagte

Themen im Dezember waren u.a. Mittel für die Kulturszene, die Zukunft der Kleinmesse und ein Millionenzuschuss für die LVB.

Von Lucas Böhme, Ralf Julke und René Loch

Mittelkürzungen für die Kultur: Freie Fraktion attackiert CDU

Leipzig ist als Stadt mit einer höchst lebendigen Kulturszene bekannt. Doch unter Verweis auf die angespannte Haushaltssituation der Kommune will die CDU „mal wieder die Axt an die Freie Szene legen, dieses Mal bei euro-scene und DOK Leipzig“, wie es die Freie Fraktion im Stadtrat in einem Statement formulierte.

Gegenüber dem DOK-Filmfestival äußert sich die CDU in ihrem Antrag dahingehend:

„Die eingeplanten Zuweisungen in Höhe von 541T€ jährlich an die Leipziger Dok-Filmwochen GmbH wird für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 halbiert und ab 2027 auf null reduziert.“ Zur Begründung wird angeführt, dass die Mittelzuweisung in Zeiten klammer Kassen auch gegenüber der Bevölkerung nicht länger vermittelbar seien. Mit einer Halbierung der Zuschüsse im nächsten Doppelhaushalt und einer eingestellten Zahlung ab 2027 hätten die Verantwortlichen ja genügend Gelegenheit zur Erschließung neuer Finanzierungsquellen, heißt es.

Noch härter soll es, geht es nach dem

Willen der CDU, die euro-scene treffen: „Die institutionelle Förderung der euro-scene wird gestrichen.“ Denn: „Die Durchführung der euro-scene im Jahr 2024 war gelinde gesagt ein Desaster für die Stadt Leipzig. Sie hat bewiesen, dass geltende Ratsbeschlüsse in der Förderung nicht nachgehalten werden und weiterhin lassen die Äußerungen der Akteure der euro-scene darauf schließen, dass man den Auftritt des Freedom Theaters nur widerwillig absagte. Wer sich nicht klar gegen Antisemitismus, BDS und für das Existenzrecht Israels bekennt, der hat keine Förderung von den Leipzigerinnen und Leipzigern zu erwarten.“



Foto: Jan Kaefer

Burkhard Jung, SPD

Eine Argumentation, die Thomas Kumbert (Die PARTEI) im Stadtrat heftig angriff: „Bei aller Kritik an der euro-scene und der DOK Leipzig, wenn die CDU wirklich den Kampf gegen Antisemitismus unterstützen möchte, sollte sie aufhören, dem Conne Island die Gelder zu kürzen. Als Fraktion lehnen wir diese Instrumentalisierung des Antisemitismus entschieden ab“, so der Vize-Vorsitzende der Freien Fraktion. Er wies darauf hin, dass er im Stadtrat bereits mehrfach, unabhängig von seiner Fraktionszugehörigkeit, eine Aufarbeitung des Antisemitismus speziell von Richard Wagner angemahnt habe. Seine Vorstöße, die Ehrung des in Leipzig geborenen Komponisten (1813–1883) zu überdenken, wurden von der CDU immer abgelehnt.

Der CDU warf Kumbert folglich vor, Antisemitismus nur als Instrument zu nutzen, wenn es ihr in die politische Agenda passt. In Wahrheit zeige ihr Verhalten, dass es darum ginge, Leipzigs Freie Szene zu bekämpfen.

Wildpark: Neue Stelle für Tierpflege wird geprüft

Mit der Wildtier-Auffangstation im Wildpark befasste sich der Stadtrat am 18. Dezember. Deren bessere Ausstattung könne ein Problem abmildern, das SPD-Stadtrat Andreas Geisler analysierte: Nicht nur, dass Wildtiere in der Großstadt wegen der Ausbreitung des Menschen immer weniger Platz fänden, auch die Zahl verletzter Tiere, die registriert werden, nehme stark zu. Besonders bei Igel würde die Zahl regelrecht explodieren, sagte Geisler.

Die Stadtverwaltung hatte akuten Handlungsbedarf bei der Wildtierstation verneint: Die Kapazität könne „den derzeitigen Bedürfnissen angepasst werden“, zudem fände immer im September eine Prüfung statt. „Sollte im Rahmen dieser jährlichen Überprüfung eine Überschreitung der Kapazitätsschwelle des Wildparks Leipzig als Auffangstation festgestellt werden, wird das Amt für

Stadtgrün und Gewässer erforderliche Ressourcenanpassungen beantragen.“

Es sei sinnvoll, die Zusammenarbeit mit Ämtern der Verwaltung zu verbessern, die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren und die Finder verletzter Tiere besser an medizinisches Personal zu vermitteln. Der Wildpark selbst sei nicht in der Lage, verletzte Tiere medizinisch zu behandeln.

Eine deutliche Mehrheit von 35 Stadträtinnen und Stadträten folgte am Ende dem SPD-Antrag, es gab 17 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen. Damit werden jetzt die Voraussetzungen geprüft die erfüllt sein müssen, um eine zusätzliche Stelle einzurichten.

Zustimmung, Ablehnung und Enthaltungen gab es übrigens quer durch den Stadtrat. So stimmten neben Grünen auch die AfD, Teile der CDU sowie die vier Fraktionslosen zu. Ablehnung gab es vor allem aus der Linksfraktion, aber auch von einigen Mitgliedern von CDU, BSW sowie von der Freien Fraktion Zugehörigen.

Zukunft der Kleinmesse: Erst ein unterschriebener Pachtvertrag sichert die nächsten zehn Jahre am Cottaweg ab

Die Aktuelle Stunde, welche die Linksfraktion im Stadtrat für den 18. Dezember wollte, fand zwar keine Mehrheit in der Ratsversammlung. Aber OBM Burkhard Jung nutzte seinen Bericht, um das brennende Thema „Zukunft der Kleinmesse“ mal wenigstens ansatzweise aufzudröseln. Die Grundproblematik entstand dadurch, dass die Stadt Leipzig dem Fußballclub RB Leipzig mit der letzten Stadionerweiterung auch die notwendigen Stellplätze zugesagt hat. Genauer gesagt: vertraglich zugesichert, als Baulasteintragung. Bleibt nur die lange liegengebliebene Frage: Wohin damit?

OBM Jung erinnerte an das Jahr 2019: Damals sei es ja der Stadtrat selbst gewesen, der es ablehnte, das Arena-II-Gelände im Sportforum an RB Leipzig zu verkaufen bzw. in Erbbaupacht zu geben. In diesem Fall hätte RB hier seine neue Geschäftsstelle und ein zugehöriges Parkhaus gebaut. Aus Sicht der Stadtverwaltung wäre das Problem damit gelöst gewesen. Das negative Votum der Ratsversammlung hatte 2019 allerdings auch damit zu tun, dass an dem Standort eigentlich mal die fehlende Grundschule für das Waldstraßenviertel hätte entstehen sollen. RB Leipzig nutzte dann die Gelegenheit, ein Grundstück an der Capastrasse zu erwerben und dort seine Geschäftsstelle zu bauen.

Das Stellplatzproblem blieb offen, was sich wiederum auf den Rahmenplan zum Sportforum auswirkte, in welchem eben diese Stellplätze nachgewiesen werden müssen. Der Rahmenplan musste also wieder aufgeschnürt werden und kommt voraussichtlich Anfang 2025 in neuer Variante zur Abstimmung in den Stadtrat.

Und zumindest eine Chance sieht Burkhard Jung, das Stellplatzproblem tatsächlich zu lösen: Wenn in Zusammenhang mit dem Bau einer neuen Ballsporthalle neben der Arena auch ein entsprechend großes Parkhaus gebaut wird. Mit dem Freistaat sei er dazu schon im Gespräch.

Denn bezahlen muss es ja irgendwer – und Leipzig hat diese finanziellen Spielräume schlichtweg nicht mehr. Nur: Sollte es so weit kommen, ist es noch eine Frage von Jahren.

Daher rückte das Kleinmessegelände am Cottaweg in den Fokus. Schon heute dient es als Stellplatz bei größeren Veranstaltungen, sofern gerade keine Kleinmesse ist. Perspektivisch habe die Stadt vor, das jetzige Festgelände ganz und gar an RB Leipzig zu verpachten. Und das ist wohl auch schon so zugesagt, obgleich Burkhard Jung sagt, es sei nicht RB Leipzig, das hier Druck ausübe. Stadtrat Volker Külow (Die Linke) sprach im Stadtrat sogar von „Erpressung“, eine Wortwahl, die OBM Jung zurückwies. Aber: Die Pläne der Stadt gehen nur auf, wenn der Stadtrat Anfang 2025 dem neuen Rahmenplan zum Sportforum tatsächlich zustimmt.

Hier wird nämlich auch das Festgelände thematisiert und die Absprache, die Leipzig mit RB Leipzig getroffen hat: Dass der Fußballclub ab 2032, 2034 einen Erbbaupachtvertrag für das komplette Festareal bekommt, um ein neues Trainingsgelände zu etablieren. Im Gegenzug hat sich RB Leipzig bereiterklärt, der Stadt bei der Suche nach einem neuen Festgelände zu helfen.

Eine Suche, bei der man in den nächsten zehn Jahren fündig werden will. Zwei Vorschläge, wo man den ersehnten Ort finden könnte, wurden in der Ratsversammlung schon geäußert: Christopher Zenker (SPD), der sein Stadtratsmandat wegen eines Wechsels in die Stadtverwaltung demnächst aufgibt, fand eine Suche im Messegrund an der Alten Messe durchaus zielführend. Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Tobias Peter schlug gar den Parkplatz vorm Völkerschlachtdenkmal vor.

Aber bis ein Ausweichstandort gefunden wird, soll die Kleinmesse am Cottaweg bleiben. Da waren sich im Grunde alle Sprecher zu diesem Thema einig. Der Vorschlag, für die von RB Leipzig benötigten Stellplätze auf ein Stück Festgelände zu verzichten, kam ja direkt von den Schaulstellern. Dann könnte die Kleinmesse tatsächlich auch parallel zu Fußball-Begegnungen im Stadion stattfinden.

Das scheint jedoch nur realistisch, wenn Leipzig jetzt schon den Pachtvertrag mit RB Leipzig unterschreibt. Im Januar 2025 will Burkhard Jung diesen Pachtvertrag der Ratsversammlung vorlegen. Dann – so betonte er – sei auch gesichert, dass die Frühjahrskleinmesse im April am Cottaweg ihre Besucher empfangen kann. Gerade für die Schausteller ist der Planungshorizont also denkbar eng, merkte Volker Külow an.

Doch es zeichnet sich ab: Erst der unterschriebene und vom Stadtrat abgesegnete Pachtvertrag für RB Leipzig schafft die Voraussetzung, dass die Kleinmesse die nächsten zehn Jahre wie gewohnt auf dem Festgelände stattfinden kann. Es ist also weiter gehörig Druck auf dem Kessel.

Naherholungsgebiet Auensee: Großes Wunschpaket findet einhellige Zustimmung

Um den Auensee im Leipziger Nordwesten war es in der öffentlichen Wahrnehmung gefühlt etwas still geworden. Dabei war der dort angesiedelte Luna-Park (1912–1932) einst Leipzigs größter Vergnügungspark, erinnerte in der Ratsversammlung am 18. Dezember Michael Schmidt (SPD) für den zuständigen Stadtbezirksbeirat (SBB) Nordwest an die große Geschichte des Sees.

Es war folglich auch wie ein großes, weihnachtliches Wunschpaket, das der SBB am 18. Dezember in der Ratsversammlung in Auftrag gab. Ein Paket, gefüllt mit Maßnahmen, die dem Ort wieder zu mehr Attraktivität verhelfen: „Das Areal um den Auensee ist als Ort der Naherholung, Kultur, der Begegnung, des Sports und insbesondere als touristischer Anlaufpunkt für Menschen aus ganz Leipzig, aber auch weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Mit seinen vielfältigen Möglichkeiten ist er zu allen Jahreszeiten ein wichtiges Ausflugsziel, nicht nur für Tages-Touristinnen und -Touristen (Anbindung Zeltplatz). Die Parkeisenbahn mit ihrer historischen Dampflok ist die Hauptattraktion des Auensees und lockt viele Menschen aus nah und fern nach Wahren“, schrieb der SBB.



Foto: Jan Kaefer

Anne Vollerthun, Bündnis 90/Die Grünen

Auch das weithin als Konzerthalle bekannte Haus Auensee, ein Überbleibsel des Anfang der 1930er-Jahre insolventen Luna-Parks, sowie den Elster-Radweg führte der SBB als Faktoren der Attraktivität ins Feld. Nur: Zur Wiederaufwertung des Ortes sei eine ganze Reihe an Maßnahmen erforderlich, etwa eine verbesserte Beleuchtung, die Schaffung neuer Sportangebote, Wegweiser und eine Sportroute. 15 konkrete Maßnahmen listet der SBB auf.

Freilich muss das Ganze auch bezahlt werden: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle genannten Maßnahmen durch die zu erwartenden Kosten zu untersetzen und im Haushalt 2025/26 abzubilden, soweit ihre Finanzierung nicht über Anträge für städtische Maßnahmen im Rahmen der Förderung des Tourismus für das Haushaltsjahr 2024 abgedeckt wird. Ein entsprechender Antrag dazu wird im Verfahren gestellt.“

Das Amt für Stadtgrün und Gewässer sagte in einer Stellungnahme eine

Prüfung der Vorschläge zu: „Die Fachausschüsse und der Stadtbezirksbeirat Nordwest werden bis Ende des II. Quartals 2025 über das Prüfergebnis informiert.“ Auf der Basis von überschlüssigen Kostenermittlungen soll dann die Anmeldung notwendiger Haushaltsmittel für die Haushaltsjahre 2027/2028 mit Priorisierung der Sicherstellung über die Tourismusförderung erfolgen. Und: „Die Umsetzung von abgestimmten und finanziell abgesicherten Maßnahmen erfolgt ab 2027/2028.“

Der erfreute Michael Schmidt stellte dann auch den Verwaltungsstandpunkt zur Abstimmung. Einzige Änderung: Der SBB soll im Halbjahres-Rhythmus über den Stand der Dinge informiert werden. Die Ratsversammlung stimmte geschlossen zu. Für den nächsten Doppelhaushalt dürfen wir also mit der Planung einzelner Maßnahmen rechnen. Ab 2027/2028 könnten die ersten Projekte realisiert werden, die es wieder lohnender machen, einen Ausflug zum Auensee zu unternehmen.

Gibt es eine Club-Zukunft im Kohlrabizirkus? Nachfolgelösung in Sicht

Für den Techno-Club „Institut für Zukunft“ (IfZ) im Kohlrabizirkus gehen nach zehn Jahren am Standort die Lichter aus. Es ist nicht der einzige Club in Leipzig, der unter Druck geraten ist: Erst war man durch die Corona-Jahre gebeutelt, die den Club-Betrieb in die Zwangspause schickte, dann schossen Energie- und Beschaffungskosten seit 2022 durch die Decke. Was könnte also die Stadt tun, die Clubkultur im Kohlrabizirkus zu erhalten? Die Grünen formulierten dazu einen Vorschlag, über den am 18. Dezember diskutiert wurde.

Grünen Stadträtin Anne Vollerthun betonte, unter welchem massivem Druck die Club-Szene mittlerweile steht. Nicht nur das IfZ ist in schwierigem Fahrwasser, mit diesem droht der Stadt aber ein bedeutender Anker im Kohlrabizirkus verloren zu gehen. Denn dessen Zukunft sollte ja eigentlich auch einen viel gefragten Club



Foto: Jan Kaefer

Volker Külow, Die Linke

beinhalten: Mit einem Beschluss der Ratsversammlung vom Juli 2021 habe die Stadt das Gelände an den Tierkliniken gekauft, um dort ein Zentrum für Sport, Kultur und Freizeit zu entwickeln, erinnerten die Grünen.

„Dabei spielte auch eine Rolle, dass sich am Standort mit dem ‚IfZ‘, dem international bekannten Club Institut für Zukunft, bereits ein Clubstandort befindet, der über eine gute Reputation verfügt und mehrfach mit dem Bundeskulturpreis ‚Applaus‘ sowohl aufgrund der Programmgestaltung als auch als Spielstätte ausgezeichnet wurde.“ Aber: Pandemie-Folgen, Kostensteigerungen und Bebauungskonflikte setzen die Standorte der Clubs gewaltig unter Druck. Auch das IfZ bekommt die Konsequenzen mit einer Schließung am Jahresende zu spüren.

Vorschlag der Grünen: „Mit dem Beschluss, die Mietzahlungen für einen Übergangszeitraum bis Ende des Jahres auszusetzen, wird eine reguläre

Abwicklung des Clubs ermöglicht, die einen reibungslosen Übergang für einen neuen Club-Betrieb am selben Standort (z.B. Übernahme von Technik, Ausstattung etc.) möglich macht. Mit diesem Beschluss signalisiert die Stadt ihre Bereitschaft, abseits von Lippenbekenntnissen tatsächlich in die Clubkultur zu investieren.“

Aufgrund der Haushaltslage und fehlender Finanzspielräume allerdings kaum zu bewerkstelligen.

Das Dezernat Stadtentwicklung und Bau argumentierte: „Ein Erlass der Miete für den aktuellen Mieter sowie potenzielle Nachmieter im Bereich der aktuellen Clubnutzung wird abgelehnt, da beihilfe-rechtliche Schwierigkeiten zu erwarten sind und die Gefahr besteht, dass sich andere Mieter ungleich behandelt fühlen bzw. ähnliche Erwartungen entwickeln. (...) Im Übrigen, war nach Auskunft der LEVG eine Reduzierung oder ein Erlass der Miete kein Thema in den Gesprächen mit dem aktuellen Betreiber.“

Aus Sicht der Grünen wäre es fatal, würde dieser als Livemusikspielstätte und Kulturraum prädestinierte Ort einfach wegbrechen. „Daher muss es ein Kernanliegen der Stadt sein, alles zu unternehmen, um eine weitere Nutzung als Clubkulturstätte zu ermöglichen – nicht erst, wenn das Gesamtkonzept Kohlrabizirkus steht.“ Und: „Aufgrund der einzigartigen Räumlichkeiten sowie der hochwertigen technischen Ausstattung (Musikanlage) bedeutet gerade dieser Clubstandort besonders für junge Menschen in Leipzig ein Stück Lebensqualität.“

Immerhin: Es soll schon Interessenten für den Standort geben, so die Stadt. Und weiter: „Neue, andere Betreiber können im Amt für Wirtschaftsförderung jedoch einen Antrag im Mittelstandsförderprogramm stellen und dadurch die Mietkosten in der Anfangsphase/im Unternehmensübergang abfedern.“ Auch das Kulturamt, das Amt für Wirtschaftsförderung und die LEVG als aktueller Besitzer der Immobilie seien ebenfalls am Erhalt eines Clubstandortes interessiert, weshalb ein enger Austausch



Thomas Dienberg, Bündnis 90/Die Grünen

mit den alten und potenziellen neuen Mietern bestehe, betonte die Verwaltung.

Aber: Eigenes Geld kann und will die Stadt nicht in das Clubprojekt stecken. Das verhindert die Haushaltslage. Das Amt für Wirtschaftsförderung stehe mit dem Betreiber im Kontakt und habe Hilfe angeboten: „Wenn die Betreiber weitere Unterstützung wünschen, kann das Amt für Wirtschaftsförderung an einem gemeinsamen Gespräch mit der Aufbaubank teilnehmen. Die Förderauflagen der Sächsischen Aufbaubank können nicht beeinflusst werden. Die Betreiber des Instituts für Zukunft müssten hierfür dem Amt für Wirtschaftsförderung Zugang zu ihren Unterlagen gewähren.“

Zusammengefasst sieht es also danach aus, als ob es am Standort Kohlrabizirkus auch nach dem Aus des IfZ weitergeht und – wie Anne Vollerthun es ausdrückte – „ein unglaubliches Stück Lebensqualität“ erhalten bleibt. Mit einem neuen Betreiber am alten Ort. Die Stadt will helfen, so weit sie kann.

So stellte Vollerthun den Verwaltungsstandpunkt (VSP) zur Abstimmung, der dann mit 50:9 Stimmen ein deutliches Votum erhielt. Für eine Nachfolgelösung sprach sich zudem ein VSP aus, dem ein gemeinsamer Antrag von Christopher Zenker und Christina März (beide SPD) sowie Thomas Kumbernuß (Die PARTEI) vorangegangen war. Auch dieser fand, bei neun Enthaltungen, eine bequeme Mehrheit in der Ratsversammlung.

Keine kostenfreien ÖPNV-Samstage in Leipzig

Könnte man den ÖPNV in Leipzig nicht samstags kostenfrei zur Verfügung stellen? Für Autofahrer böte dies vielleicht einen Anreiz, den PKW mal stehen zu lassen und per Bahn und Bus in die Stadt zu fahren, so ein Antrag der SPD-Fraktion am 18. Dezember. So würde der unsägliche Einkaufsstau auf den Straßen am

Samstag entspannt. Vorbilder in anderen deutschen Städten für dieses Modell gäbe es ja auch schon, etwa in Mainz. Hier wird der erste Samstag eines Monats seit Juli als „0-Euro-Samstag“ angeboten, an dem der ÖPNV frei ist.

Argumente für diese Position finden sich viele: Entlastung der Straßen, eine Alternative zum KfZ-Verkehr, die Stärkung von Händlern in der City. Trotzdem erteilte das Mobilitäts- und Tiefbauamt dem Plan eine Abfuhr: „Für einen kostenlosen ÖPNV am Samstag bzw. an den Adventssamstagen stehen dagegen aktuell weder im städtischen Haushalt noch bei den LVB Mittel in entsprechender Größenordnung zur Verfügung. Alternativ müssten in der Konsequenz die Regeltarife an Wochentagen stärker angehoben werden, um die Wochenendtarife gegenzufinanzieren.“

Im Einzelfall könnten ÖPNV-Samstage für 0 Euro nur bei Gegenfinanzierung umgesetzt werden. Kostenpunkt: etwa 200.000 Euro pro Samstag für die Tarifzone 110

und ohne Angebotserweiterungen. Abgesehen davon stünde mit dem 40-Euro-Ticket ja bereits eine verhältnismäßige preisgünstige ÖPNV-Option für ganz Deutschland, so das Amt.

Ganz zu schweigen davon, dass die Busse und Bahnen in Leipzig schon jetzt oft an den Grenzen ihrer Aufnahmekapazität unterwegs sind. Ein neuer Schwung an Fahrgästen ließe den ÖPNV nicht gerade als tolle Alternative hervortreten, solange das System als Ganzes nicht überholt und ausgedehnt wird. SPD-Stadtrat Frank Franke zog den Antrag denn auch zurück, sodass er nicht zur Abstimmung kam.

2025: LVB erhalten wieder 94 Millionen Euro durch Querfinanzierung

Ohnehin steht der ÖPNV finanziell unter Druck, vor allem durch ausgehandelte Lohnsteigerungen sowie Energie- und Materialkosten. Die LVB bilden keine Ausnahme, mussten schon 2024 mit 94 Millionen Euro über die Querfinanzierung innerhalb der Leipziger Gruppe bezuschusst werden. Das wird 2025 nicht anders sein.

Geregelt wird diese Querfinanzierung über den Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag. Da das ein städtischer Vertrag ist, muss die Ratsversammlung über die jeweils zu erwartenden Summen, die aus den Gewinnen von Wasserwerken und Stadtwerken an die Verkehrsbetriebe fließen, regelmäßig abstimmen. Das war am 18. Dezember für das Jahr 2025 fällig und wurde abgesehen.

Immerhin, so das Planungsdezernat, konnte der alte Betrag ohne Steigerung beibehalten werden, was aufgrund von Maßnahmen zur Optimierung und Effizienz seitens der LVB möglich sei: „Insofern kann der Gesamtfinanzierungsbeitrag i. H. v. 94,1 Mio. € nun durch den Stadtrat beschlossen werden.“

Nach der Corona-Delle verzeichnet Leipzigs städtisches Verkehrsunternehmen wieder steigende Fahrgastzahlen und entsprechenden Druck auf die begrenzte

Kapazität des Liniennetzes. Auch aufgrund des Deutschland-Tickets wird in der Bilanz für 2024 mit 160 Millionen Fahrgästen gerechnet (zum Vergleich: 2021 waren es 103 Millionen).

Petition zum Jahrtausendfeld abgelehnt

In der Ratsversammlung am 18. Dezember stand die Petition zum Jahrtausendfeld auf der Tagesordnung, die forderte: „Ein Stadtteilpark für alle! Keine Bebauung des Jahrtausendfelds im Leipziger Westen!“ Unterschrieben wurde sie von über 8.000 Menschen.

Ein verständlicher Wunsch in einer Stadt, die sich verdichtet und Grünflächen verliert. Nur: Das Jahrtausendfeld ist eigentlich keine Grünfläche, auch wenn sie oberflächlich so aussieht. Hier wurden bis 1990 Bodenbearbeitungsgeräte produziert – in uralten Werkhallen, von denen die Fundamente noch im Boden stecken. Die Transformation des Ortes in einen Park würde eine großflächige Entsiegelung und den Abriss der Unterkellerung notwendig machen, wie für die CDU etwa Stadträtin Sabine Heymann hervorhob. Die Stadtverwaltung hatte ohnehin einen ablehnenden Text zur Petition verfasst. Denn die Petition stößt mitten in ein Dialogverfahren, das die Stadt aufgelegt hat, um mit dem Eigentümer der Fläche – der Stadtbau AG – zu einer Lösung für den Schulbau für die International School Leipzig (LIS) zu kommen, die auch Anwohner-Wünsche berücksichtigt.

Das betonte auch Baubürgermeister Thomas Dienberg, der annimmt, dass man aktuell immer noch einen Kompromissvorschlag vorliegen habe, der auch Interessen der Stadt nicht ganz abbildet. So sieht die Verwaltung hier eben – anders als die Stadtbau AG – keine achtzügige Schule, sondern allenfalls eine sechszügige. Mit anderen Worten: Mehr Platz könnte unbebaut bleiben und zu einem Park werden. Wenngleich Kritiker, unter anderem der Ökolöwe, diesen Anteil als zu klein betrachten. Auch weitere Flächen im Schulgelände sollen öffentlich zugänglich werden.

So gesehen, hat das fraktionsübergreifende Dialogverfahren mit dem Eigentümer, der Stadtbau AG, schon einen Kompromiss erzielt. Die nächste Sitzung im Dialogverfahren soll Anfang 2025 stattfinden. Im Wesentlichen drehte sich die Diskussion dann um die Frage, wie viel Platz am Ende wirklich für einen öffentlichen Park zur Verfügung stehen wird. In einem Stadtquartier, in dem es durchaus auch noch andere (kleinere) Parks gibt, wie Thomas Dienberg in Replik auf den Redebeitrag von Thomas Kumbernuß (Die PARTEI) feststellte.

Der Petitionsausschuss formulierte: „Der OBM wird beauftragt, im Rahmen der Entwicklung des Schulcampus die Entstehung öffentlicher Freiräume abzusichern und verbindliche Regelungen für die angestrebte öffentliche Nutzung der entstehenden Schul- und Sportfreiflächen sowie der Schulgebäude und Sporthallen zu vereinbaren.“ Das aber geht nur im Dialogverfahren mit dem Gelände-Eigentümer.

Der städtische Standpunkt wurde vom Ausschuss übernommen: „Die Petition mit den eingebrachten Forderungen ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen.“ Man wolle die Schule haben, die private Schulträgerin sei eine nach dem Sächsischen Schulgesetz anerkannte vollwertige und zukunftsorientierte Ersatzschule. Für die Grünen mahnte Kristina Weyh denn noch ein Mobilitätskonzept an, um die Kinder zum künftigen Campus zu transportieren.

Das Dialogverfahren geht also weiter. Dass es auch den Fraktionen, die sich für mehr Platz für einen Park aussprachen, nie um eine Verhinderung des Schulprojektes ging (wie aus Reihen von CDU und AfD zu vernehmen war), machte die Abstimmung deutlich: Der Vorschlag, die Petition abzulehnen und im Dialogverfahren zu bleiben, bekam 42:6 Stimmen bei 13 Enthaltungen. ■

Info

➔ Die LZ-Partnerzeitung l-iz.de wird wie gewohnt live aus der nächsten Stadtratsitzung berichten, die Ergebnisse der einzelnen Beratungen finden Sie immer ab dem Nachmittag des Sitzungstages im Netz unter www.l-iz.de

Foto: Sabine Eicker



POLITIK

AfD scheitert mit Kemmerich-Trick

Landtag wählt Michael Kretschmer zum Ministerpräsidenten.

Von René Loch

Ministerpräsident Michael Kretschmer

Der sächsische Landtag hat Michael Kretschmer erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Im zweiten Wahlgang erhielt der CDU-Politiker die nötige Mehrheit. Die AfD hatte mit einem Trick versucht, den parteilosen Matthias Berger zum Ministerpräsidenten zu machen.

Drei Kandidaten waren zur Wahl des Ministerpräsidenten angetreten: Michael Kretschmer als gemeinsamer Vorschlag von CDU und SPD sowie Jörg Urban (AfD) und Matthias Berger (parteilos).

Wer im ersten Wahlgang erfolgreich sein wollte, benötigte die absolute Mehrheit von 61 Stimmen. CDU und SPD verfügen zusammen über 51 Stimmen. Die Linksfraktion (sechs Abgeordnete) hatte mit Beginn der Sitzung erklärt, Kretschmer unterstützen zu wollen. Die Grünen lehnten alle Kandidaten ab; das BSW schwankte zwischen Berger und Kretschmer.

Mehrheit im ersten Wahlgang verfehlt

Kretschmer verfehlt im ersten Wahlgang die nötige Mehrheit. Er bekam 55 Stimmen, gefolgt von Urban mit 40

Stimmen und Berger mit sechs Stimmen. Zwölf Abgeordnete enthielten sich und sieben Abgeordnete machten ihre Stimme ungültig.

Die Wahl war zwar geheim, aber angesichts verschiedener Äußerungen vor und nach den Abstimmungen ist es wahrscheinlich, dass die ungültigen Stimmen von den Grünen kamen und die Enthaltungen mehrheitlich vom BSW. Die sechs Stimmen für Berger könnten von einzelnen Abgeordneten von CDU, AfD und BSW stammen.

Im zweiten Wahlgang reichte bereits die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Das heißt: Wer zum Ministerpräsidenten gewählt werden wollte, benötigte mehr Stimmen als die beiden anderen Kandidaten zusammen. Enthaltungen und ungültige Stimmen waren nicht relevant.

Die AfD versuchte es wieder mit einem Trick

Kretschmer erhielt 69 Stimmen und somit eine klare Mehrheit. Ein Abgeordneter stimmte für Urban und 39 Abgeordnete stimmten für Berger. Hinzu kamen elf Enthaltungen.

Im Anschluss an den zweiten Wahlgang machten die Parteien kein großes Geheimnis um ihr Wahlverhalten. Während Grünen-Fraktionschefin Franziska Schubert erklärte, dass sich die sieben Abgeordneten ihrer Partei enthalten hätten, sagte die BSW-Fraktionsvorsitzende Sabine Zimmermann, dass ihre Partei für Kretschmer gestimmt habe. Das BSW verfügt im Landtag über 15 Abgeordnete.

Urban wiederum gab zu, dass die AfD versucht habe, Matthias Berger zum Ministerpräsidenten zu machen. Fast alle AfD-Abgeordneten stimmten deshalb für den parteilosen Ex-Oberbürgermeister von Grimma, obwohl ein Kandidat der eigenen Partei zur Wahl stand.

Die AfD versuchte damit, das sogenannte Kemmerich-Szenario zu wiederholen. Im Februar 2020 war der FDP-Politiker Thomas Kemmerich in Thüringen mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt worden, obwohl die AfD mit Christoph Kindervater einen eigenen Kandidaten zur Wahl stellte.

In Sachsen hatte die AfD darauf gehofft, dass auch das BSW für Berger stimmt. Das war aber nicht der Fall. ■

INFRASTRUKTUR

Pleißemühlgraben an der Hauptfeuerwache

Öffnung verschiebt sich mindestens bis 2032.

Von Ralf Julke

Es ist immer gut, mal nachzufragen. Immerhin ist es jetzt auch schon wieder fünf Jahre her, dass heftig um die Offenlegung der Pleißemühlgrabens im Bereich der Hauptfeuerwache gerungen wurde. Die Stadt priorisierte von Anfang an eine Verlegung des Pleißemühlgrabens direkt an den Goerdelerring, um hinter der Hauptfeuerwache Platz für die technischen Gebäude der Hauptfeuerwache zu gewinnen. Damit setzte sie sich dann auch durch. Und hängt auch gleich noch ein ganz neues Stück Pleißemühlgraben bis zum Zoo dran.

Wie langwierig und teuer so ein Öffnungsprojekt ist, ist ja am Elstermühlgraben zu sehen, wo es volle 20 Jahre gedauert haben wird, bis der Elstermühlgraben vom Stadthafen bis zum Ranstädter Steinweg tatsächlich durchgängig mit Boot befahrbar sein wird. Bei stetig steigenden Kosten, die Leipzig aus eigener Kraft gar nicht hätte finanzieren können. Ohne Fördergelder lässt sich so ein Projekt nicht umsetzen.

Wie teuer nun die Öffnung des Pleißemühlgrabens von der Käthe-Kollwitz-Straße bis zur Parthe im Zoo werden wird, ist noch völlig offen. Das werden erst die Planungen zeigen, die jetzt nach Auskunft des Amtes für Stadtgrün und Gewässer in den nächsten Jahren stattfinden sollen.

Gefragt hatte Thomas Rühl in einer Einwohneranfrage, der nach den aufgeregten Diskussionen von 2019 natürlich gern wissen wollte, wann denn jetzt mit einer Offenlegung des Pleißemühlgrabens vor der Hauptfeuerwache zu rechnen sei.

Planungen sollen 2027 beginnen

Und das Amt für Stadtgrün und Gewässer hat jetzt zumindest eine erste Zeitschiene für die dafür notwendigen Planungen: „Zunächst soll vor Planungsbeginn voraussichtlich 2026 ein städtebaulicher Gestaltungswettbewerb für die an den Pleißemühlgraben angrenzenden Plätze durchgeführt werden. Auf dieser Grundlage ist



So soll der Pleißemühlgraben mal aussehen.

geplant, ab 2027 die Ingenieursplanung für den gesamten Abschnitt von der Käthe-Kollwitz-Str. bis zur Parthe durchzuführen.“

Was dann eben auch bedeutet, dass in diesem Jahrzehnt an diesem Mühlgrabenabschnitt noch gar nichts gebaut wird: „Mit dem Beginn der Bauausführung ist nicht vor 2032 zu rechnen.“

Rühl wollte freilich auch wissen, ob der neu angelegte Mühlgraben dann auch so aussehen wird, wie 2018 vom Stadtrat beschlossen. So soll es sein, bestätigt das Amt für Stadtgrün und Gewässer: „Mit der Beschlussvorlage Nr. VI-DS-05826 hat der Stadtrat am 12.12.2018 die Trassierung des Pleißemühlgrabens zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Ranstädter Steinweg parallel zum Goerdelerring als Vorzugsvariante bestätigt. Diese Beschlussvorlage ist weiterhin gültig und bildet die Grundlage für die weitere Planung.“

Vorrang für Elstermühlgraben und Stadthafen

Aber woran liegt es, dass der 310 Meter lange Grabenabschnitt am Goerdelerring dann bis jetzt noch nicht angelegt wurde? Immerhin machte die Stadt ja 2018 gewaltig Druck, eine Variantenentscheidung herbeizuführen. Der Druck entstand freilich

durch die geplante (und inzwischen abgeschlossene) Sanierung der Hauptfeuerwache, für die eben auch geklärt werden musste, wo der Pleißemühlgraben nun künftig ans Licht kommt.

Damals rechnete die Stadt noch mit rund 18,5 Millionen Euro für die Öffnungsvariante direkt am Goerdelerring. So preiswert wird das künftig ganz bestimmt nicht mehr. Von den zusätzlichen Kosten für die Öffnung bis zum Zoo ganz abgesehen.

Aber das Projekt hat sich sowieso zeitlich verschoben, bestätigt das Amt für Stadtgrün und Gewässer: „Die Priorisierung der Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie, der Offenlegung des Elstermühlgrabens und der Bau des Stadthafens erforderten die nachgeordnete Priorisierung.“

Man kann es auch so formulieren: Es ist für die Stadt schon schwer genug, die nötigen Fördergelder für Elstermühlgraben und Stadthafen einzuwerben. Sodass diese beiden sowieso schon begonnenen Projekte erst einmal umgesetzt werden, bevor überhaupt das nächste Öffnungsprojekt in Angriff genommen werden kann. Sowohl für das letzte Teilstück des Elstermühlgrabens als auch für die Fertigstellung des Stadthafens steht bis jetzt das Jahr 2026 im Kalender. ■

POLITIK

Zurück zur Gleichbehandlung

Jürgen Kasek soll wieder wie jedes andere Grünen-Mitglied behandelt werden.

Von René Loch



Foto: Sabine Eicker

Jürgen Kasek im Mai 2023

Der ehemalige Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek darf künftig wieder auf die Unterstützung seiner Partei zählen. Nachdem ihm der ehemalige Kreisvorstand noch im Frühling wegen „grenzüberschreitenden Verhaltens“ die Wahlkampfhilfe verweigert hatte, soll er nun wieder wie jedes andere Parteimitglied behandelt werden. Das Landesschiedsgericht äußerte zudem deutliche Kritik am Verhalten des alten Vorstands.

In einem Newsletter, der Ende November an die Mitglieder der Grünen in Leipzig verschickt wurde, bezeichnet der Kreisvorstand sein Verhalten als Fehler. Man bedauere es, Kasek „massiv geschadet zu haben“. Künftig möchte man die Vorwürfe nicht mehr erheben und Kasek „wieder voll einbinden und in seiner politischen Arbeit in gleichwertiger Weise wie die anderen Mitglieder unterstützen“.

Vorausgegangen war ein Verfahren am Landesschiedsgericht, wo es schon vor Monaten zu einer Einigung zwischen den Beteiligten gekommen war. Der im September neu gewählte Vorstand um die beiden Sprecherinnen Petra Čagalj Sejdi und Martin Meißner war demnach nicht mehr an dem Prozess beteiligt und hat die Stellungnahme, die den alten Vorstand betrifft, lediglich verschickt.

Kasek wurde im Wahlkampf nicht unterstützt

Der damalige Vorstand hatte Kasek das Vertrauen entzogen und jegliche Unterstützung im Kommunalwahlkampf verweigert. Mehrere Personen sollen den Vorstand zuvor von „grenzüberschreitendem Verhalten seitens Jürgen Kasek“ berichtet haben. Dieses sei nicht justiziabel gewesen, habe aber gegen Grundwerte der Partei verstoßen.

Was genau Kasek vorgeworfen wurde, blieb unklar. Er selbst gab zu, sich in privaten Beziehungen falsch verhalten zu haben. Kasek kritisierte den Vorstand, weil dieser ihm keine näheren Informationen zu den Vorwürfen gegeben habe.

„Der Schaden ist eingetreten und das bekommt man nicht mehr zurückgedreht“, sagt Kasek auf Anfrage der Leipziger Zeitung (LZ) zu den aktuellen Entwicklungen. „Irgendwas wird hängenbleiben.“ Kasek bekräftigt dabei, dass er sich in der Vergangenheit gegenüber anderen Personen falsch verhalten habe. Das sei aber nicht Sache der Partei.

Kreisvorstand habe gegen Grundwerte verstoßen

Deutliche Kritik am Vorgehen des alten

Kreisvorstandes formulierte auch das Landesschiedsgericht. Dieser habe „die Grundsätze eines fairen Verfahrens gegenüber seinem Mitglied nicht beachtet“ und gegen Grundwerte der Partei verstoßen, heißt es in einem Schreiben, das der LZ vorliegt.

Konkret bemängelte das Gericht, dass der alte Vorstand seine Entscheidung getroffen habe, ohne Kasek vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Es kritisierte zudem, dass der alte Vorstand wiederholt Fristen im Gerichtsverfahren ignoriert habe und eingereichte Unterlagen lückenhaft gewesen seien. Der alte Vorstand habe sich zudem geweigert, die an Kasek gerichteten Vorwürfe mit Tatsachen zu belegen.

Kasek gehört seit einigen Monaten nicht mehr dem Stadtrat an und möchte sich nach eigenen Angaben nun stärker auf seine ehrenamtliche Arbeit in Umweltverbänden konzentrieren. Seine Zukunft bei den Grünen lässt er weiter offen.

Bis Ende des Jahres möchte er sich gemeinsam mit seiner Familie entscheiden. Die gegen ihn gerichteten Vorwürfe innerhalb der Partei würden bei dieser Entscheidung aber keine Rolle spielen, sagt Kasek. Es gehe dabei vor allem um die inhaltliche Ausrichtung der Grünen. ■



POLITIK

BSW fordert Stopp von Fördergeldern

Conne Island, naTo und Werk 2 im Fokus wegen angeblicher „Cancel Culture“.

Von René Loch

Die BSW-Fraktion im Leipziger Stadtrat möchte linksalternativen Kultureinrichtungen in den kommenden Jahren insgesamt 660.000 Euro streichen. Betroffen wären nach den Vorstellungen der Wagenknecht-Truppe das Conne Island, die naTo und das Werk 2. AfD und CDU dürfen nach mehreren vergeblichen Versuchen nun auf eine Mehrheit gegen linke Soziokultur in Leipzig hoffen.

Conne Island, naTo und Werk 2 hätten „zweifelloso einen großen Stellenwert im linksalternativen soziokulturellen Bereich“, schreibt das BSW in seinem Antrag. „In den vergangenen Jahren haben sie jedoch auch durch eine ideologisch verengte Programmpolitik und praktizierte Cancel Culture von sich reden gemacht.“ Die Einrichtungen seien möglicherweise „zu Akteuren der gesellschaftlichen Spaltung in unserer Stadt geworden“.

Es handelt sich dabei um einen Antrag

für den Doppelhaushalt 2025/26. Über diesen und zahlreiche andere Anträge sowie den Doppelhaushalt im Gesamten wird der Stadtrat voraussichtlich Anfang kommenden Jahres abstimmen. Das BSW möchte im entsprechenden Fördertopf in beiden Jahren jeweils 330.000 Euro kürzen.

Conne Island kämpft gegen Inflation, Corona-Folgen und Boykottaufrufe

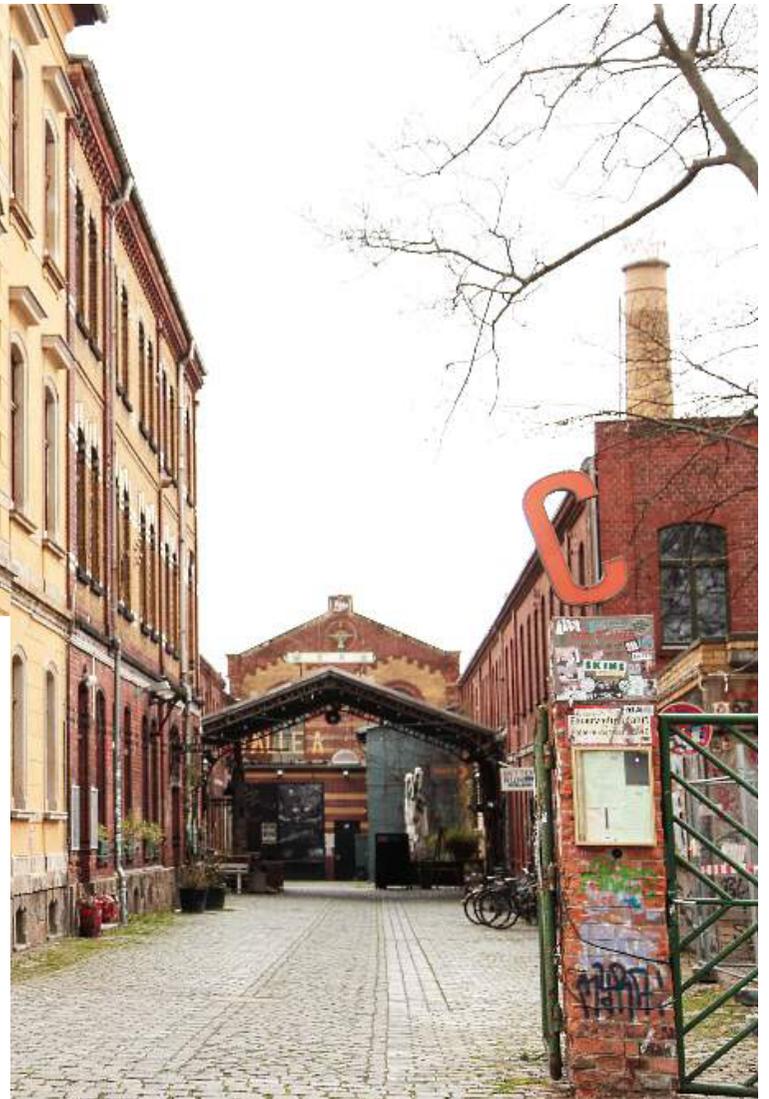
Sollte dieser Antrag eine Mehrheit erhalten, wäre wohl die Existenz dieser Einrichtungen gefährdet. Das Conne Island hatte erst kürzlich eine Spendenkampagne gestartet und damit mehr als 165.000 Euro eingesammelt. Corona, Inflation und andere Entwicklungen hätten das Haus in eine finanzielle Krise gestürzt.

In den vergangenen Monaten hatte das Conne Island mit Boykottaufrufen seitens

pro-palästinensischer Künstler*innen und Aktivist*innen zu kämpfen. Das BSW führt in seinem Antrag nicht näher aus, wer oder was vom Conne Island „gencancel“ worden sei, schlägt aber möglicherweise in eine ähnliche Kerbe, denn mit einem anderen Haushaltsantrag möchte das BSW „palästinensische Kulturveranstaltungen“ jährlich mit 50.000 Euro fördern.

Linke und Die PARTEI widersprechen deutlich

Reaktionen auf den BSW-Antrag zu den Kulturkürzungen ließen nicht lange auf sich warten. Die Linkspartei bezeichnete ihn als „niederträchtig“ und einen „Angriff auf die gesamte Soziokultur“. Dass diese Einrichtungen zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen würden, seien „infame Unterstellungen, die wir sonst nur von Seiten der AfD und der CDU kennen“. Bedroht seien Veranstaltungen wie Konzerte,



Oben: Werk 2

Links: Juliane Nagel (Linke) am 24. April 2024 im Leipziger Stadtrat.

Töpferkurse und antifaschistische Solidaritäts-Partys.

Unter dem Titel „BSW greift naTo an“ hat sich auch „Die PARTEI“ gegen den BSW-Antrag positioniert. Dieser sei ein „aggressiver Akt, mit dem sie das kulturelle Selbstbestimmungsrecht der Leipziger Kulturförderung zu Schutt und Asche schießen wollen“.

Lob von Rechtsaußen

Unterstützung für den „mutigen Antrag“ haben hingegen die rechtsradikalen „Freien Sachsen“ signalisiert. Die geplante Kürzung dürfe aber nur ein erster Schritt sein. „Die Gelder für Antifa-Zentren gehören vollständig gestrichen.“ Auch die CDU-Fraktion möchte beim Conne Island sparen. In einem eigenen Haushaltsantrag heißt es: „Die von der Stadt gewährte Förderung des Projekt Verein e.V. Conne Island wird auf jährlich 200.000 Euro begrenzt.“

Conne Island, naTo und Werk 2 stehen seit Jahren im Visier konservativer und rechter Kräfte im Stadtrat. Schon im April 2021 hatte die AfD versucht, mehrere hunderttausend Euro zu kürzen, und dabei teilweise Stimmen aus der CDU-Fraktion erhalten.

Chronik der rechtskonservativen Angriffe auf das Conne Island

2023 folgte ein weiterer Versuch. Die AfD hatte beantragt, die geplanten Baumaßnahmen am Conne Island zu streichen. Alle anwesenden CDU-Stadträt*innen stimmten für diesen Antrag. Die AfD präsentierte anschließend ein Foto vom Abstimmungsergebnis auf ihrer Homepage und kommentierte dieses mit der süffisanten Frage „Aus aktuellem Anlass: Welche Brandmauer?“.

2021 und 2023 gab es im Stadtrat noch eine deutliche Mehrheit links der Mitte, weshalb die von der CDU unterstützten

AfD-Anträge chancenlos waren. Seit der Kommunalwahl im Juni sind die Kräfteverhältnisse anders.

Unsichere Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat

Gemeinsam mit dem BSW kommen CDU und AfD auf 32 von 71 Stimmen. Linke, Grüne, SPD und „Die PARTEI“ erreichen zusammen ebenfalls 32 Stimmen. Hinzu kommen Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD), zwei Fraktionslose ohne Parteizugehörigkeit sowie jeweils ein Stadtrat von FDP, Piraten, Freien Wählern und Freien Sachsen.

Ob sich die konservativen Kräfte im Leipziger Stadtrat im dritten Anlauf gegen das Conne Island und andere linksalternative Einrichtungen durchsetzen werden, könnte letztlich ganz simpel davon abhängen, auf welcher Seite an jenem Tag die meisten Stadträt*innen anwesend sind beziehungsweise fehlen. ■



Foto: Thomas Köhler

CDU-Stadträte Falk Dossin und Michael Weickert im Gespräch.

POLITIK

Leipzigs Doppelhaushalt 2025/2026

CDU-Fraktion beantragt Einsparungen von 200 Millionen Euro.

Von Thomas Köhler

Der Doppelhaushalt der Stadt Leipzig ist alle zwei Jahre eines der wichtigsten Themen im Stadtrat. Was soll die Stadt wofür ausgeben? Soll die Stadt Kredite aufnehmen, wenn ja, in welcher Höhe? Wo kann gespart werden und wo muss zusätzlich investiert werden? Diese und weitere Fragen beschäftigen die Stadtratsfraktionen seit der Vorlage des Haushaltsvorschlags durch den Finanzbürgermeister am 2. Oktober 2024.

Für den 27. November lud die CDU-Fraktion zu einem Pressegespräch ein, bei dem der Fraktionsvorsitzende Michael Weickert und Falk Dossin als finanzpolitischer Sprecher einen Überblick über das Paket ihrer Haushaltsanträge vorstellten.

Den Grundtenor der Anträge und somit des Pressegesprächs setzte Michael Weickert gleich zu Beginn: „Der Haushalt ist ja erarbeitet worden über das ganze Jahr und wurde uns am 2. Oktober offiziell übergeben. Aber die Planungsprämissen

haben sich seitdem schon wieder deutlich verändert und verschlechtert. Man kann das, denke ich, kurz zusammenfassen: Es fehlen, Stand jetzt, für die kommenden zwei Jahre schon 110 Millionen Euro im Haushalt.

Da haben wir noch nicht die ganzen Risiken mit einkalkuliert, die vielleicht noch irgendwie kommen könnten. Deswegen haben wir als CDU-Fraktion in unseren Haushaltsanträgen ein ambitioniertes Programm vorgelegt. Man kann sagen, wir planen mit Einsparungen von über 200 Millionen Euro. Und natürlich, Einsparungen bedeuten auch immer, dass es unbequem wird.

Wir haben Mindereinnahmen zu 2024 im Jahr 2025 von 110 Millionen Euro und im Jahr 2026 von 130 Millionen Euro. Das heißt: Eigentlich müsste man, wenn man es genau sieht, schon mal allein 240 Millionen Euro einsparen in den beiden Jahren, um nur die Mindereinnahmen zu decken.“

Wo soll es unbequem werden?

Zuerst ging es um das Personal der Stadt Leipzig. Da will die CDU-Fraktion einen harten Einschnitt machen, wie Michael Weickert ausführte: „Ich will es Ihnen einfach darstellen: Die Stadt Leipzig hat zwischen 8.300 und 8.400 Stellen. Wir hatten im Jahr 2019/2020 7.731 Stellen, ziemlich auf den Punkt genau. Und die Stadt möchte für 2025/26 8.556 Stellen schaffen.

Deswegen ist es natürlich ambitioniert, wenn wir fordern, dass in 2025 und 2026 jeweils 500 Vollzeitäquivalente, also 500 Stellen, im Personalbudget gestrichen werden sollen. Sozialverträglich, das ist klar.“

Letztendlich handelt es sich hier aber zum größten Teil um unbesetzte Stellen im Stellenplan der Stadt. Auf Nachfrage wurde das bestätigt, dass im Haushaltsplanentwurf bereits 500 davon berücksichtigt sind.

Der Wunsch nach einem zweiten City-Tunnel

Es soll aber nicht nur gespart werden. Zwei Maßnahmen, die der CDU-Fraktion wichtig sind, wurden von Michael Weickert angesprochen: „Da ist zum einen, dass wir wirklich das Thema zweiter City-Tunnel angehen. Das ist ja eine Infrastrukturmaßnahme, die auch den Wirtschaftsstandort Leipzig stärkt. Das betrifft aber beispielsweise auch, dass wir mehr Geld für die Erschließung von Eigenheimgebieten einstellen wollen, um Leipzig wieder attraktiver für Familien zu machen.“

Zum City-Tunnel wird die Gründung einer Planungsgesellschaft beantragt, dafür sollen 25.000 Euro in den Haushalt 2025 eingestellt werden. Warum ein so geringer Betrag als ausreichend erachtet wird, sagte Michael Weickert: „Auch beim City-Tunnel muss man sich natürlich über eins klar sein, das kann Leipzig nicht alleine stemmen. Aber es stand im Regierungsprogramm der Sächsischen Union zur Landtagswahl, daran hat ja letztlich die ganze mitteldeutsche Region ein Interesse.“

Aber ohne diese Planungsgesellschaft ist es halt eins von vielen Themen im Mobilitäts- und Tiefbauamt, die auch nicht bearbeitet werden. Und ich glaube, mit so einer Planungsgesellschaft setzt man nochmal den Fokus darauf, dass wir das auch wirklich wollen.“

Letztendlich ist das Geld als Einlage für eine GmbH-Gründung vorgesehen.

Streichen bei euro scene, Dok-Film und Schulbau

Bei der Kultur soll auch gespart werden, konkret soll die Förderung für die DOK Leipzig, also die Dokfilmwoche und die euro scene gekürzt und langfristig beendet werden. Wie begründet das die Fraktion?

Dazu Michael Weickert: „Selbstverständlich, das muss man ehrlicherweise sagen, es ist ja schön, wenn's Dok-Film gibt. Ich hab keine Lust, Steuermittel dafür auszugeben, dass, sagen wir mal, kulturellem Antisemitismus gefrönt wird. Das trifft für die euro scene genauso zu.“

Im Bereich Schulen soll auch gespart werden, es sollen „Schulen im mittleren Standard“ gebaut bzw. saniert werden. Beim Schulneubau sollen 50 Millionen Euro gespart werden, hauptsächlich durch die Auflösung der Ausgabereste.

Falk Dossin rechnete das vor: „Im Schulhausbauprogramm sind 200 Millionen Euro eingestellt. Dazu kommen Ausgabereste von ungefähr 85 Millionen. Wir haben es als Stadt Leipzig noch nie geschafft, über 200 Millionen pro Jahr auf die Straße zu kriegen. Das heißt: Wenn wir jetzt dort 50 Millionen rausnehmen, haben die immer noch 230 Millionen und könnten sogar mehr ausgeben als die Jahre zuvor, wenn sie es schaffen. Bisher, wie gesagt, haben sie es noch nie geschafft.“

Ansonsten soll nicht mehr für jede Neubauschule ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden, die Stadt soll sich an die Landesstandards halten, betreffs Raumgrößen und ähnlichem, nur die Barrierefreiheit soll nicht beeinträchtigt werden. Nach Falk Dossin reicht es dafür aber schon, besonders bei der Altbausanierung:

„Dann wäre das Hauptziel 1, 2, 3 Klassenzimmer und Sekretariat barrierefrei. Also dort wo wirklich Traffic ist, dass man auch die Eltern, wenn die ihre Kinder anmelden zum Beispiel, dass die auch dort hinkommen in ein Sekretariat.“

Eine weitere Herzensangelegenheit der CDU-Fraktion ist der Antrag auf Aufhebung der sozialen Erhaltungssatzungen, die damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen auf die Bürgerämter verteilt werden. Die Begründung ist bekannt: Die Erhaltungssatzungen behindern bzw. verzögern aus Sicht der CDU-Fraktion den Wohnungsbau und das Personal wäre in den Bürgerämtern sinnvoller eingesetzt.

Keine Erhöhung der Kita-Gebühren

Es wurden längst nicht alle Haushaltsanträge vorgestellt und hier im Artikel können nicht alle vorgestellten ausführlich behandelt werden. Interessant war aber auch die Frage der Erhöhung der

Kita-Gebühren, die nicht auf dem Skript stand, aber angesprochen wurde.

Michael Weickert begründete, warum er diese nicht will: „Ganz einfach, weil das in einem hohen Maße unsozial ist gegenüber der breiten arbeitenden Mitte der Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass wir uns teure Prestigeprojekte leisten, dass sich der Oberbürgermeister hinstellt und sagt: Wir kriegen Haushalt nicht zu. Und dann heißt es aber: Liebe Eltern, euch trifft das.“

Und da sind wir doch mal ehrlich, wen trifft das denn? Es trifft nicht den Millionär, von denen es in Leipzig ja leider nicht so viele gibt. Denen ist das egal. Es trifft diejenigen, die gerade so über dem verdienen, dass sie überall herausfallen. Die dann keinen Leipzig-Pass bekommen, denen das Essen in der Kita nicht bezahlt wird. Und die wollen wir jetzt belasten?“

Hier muss man anmerken: Das sagt die Leipziger CDU. Die CDU-geführte Landesregierung sieht das wohl anders.

Fazit: Es ist ein bunter Strauß an Anträgen zum Haushalt, den die CDU-Fraktion vorstellte. Einige Begründungen sind völlig nachvollziehbar, andere sind, für den einen oder anderen, fraglich. Am Ende entscheidet die Mehrheit des Stadtrates im nächsten Jahr darüber, welche dieser Anträge in den Haushalt aufgenommen werden.

Die im Artikel genannten Zahlen, u.a. zu unbesetzten Stellen, sind die von der CDU-Fraktion im Pressegespräch genannten und wurden durch den Autor nicht überprüft.

Zum Schluss musste man einfach noch eine Frage an Michael Weickert stellen: Es gibt verschiedene Leute, die sagen, Michael Weickert laufe sich warm für die nächste Oberbürgermeisterwahl. Was sagen Sie dazu?

Die Antwort: „Ich glaube, als guter Katholik schaue ich immer nach oben. Und es gibt den schönen Satz: ‚Der Vatikan dementiert nicht.‘“ Das mag man so oder so werten. ■



Radfahrer auf dem Dittrichring

INFRASTRUKTUR

Der Ring ist für Autos da!

CDU-Fraktion will die Radfahrstreifen auf dem Promenadenring wieder weghaben.

Von Ralf Julke

Der Streit um den Umbau der Prager Straße in Höhe Völkerschlachtdenkmal war nur das Vorspiel. Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Stadtrat hält die CDU-Fraktion die Gelegenheit für gekommen, wichtige Entwicklungen der Leipziger Verkehrspolitik aus den vergangenen Jahren wieder zurückdrehen zu können. Und das auch mit ziemlich schrägen Argumenten, wie jetzt beim Versuch, die grünen Radfahrstreifen auf dem Ring wieder zu beseitigen. Das erstaunliche Motto des Antrags: „Der Ring ist für alle da!“

Da dürften sich die Leipziger Radfahrer durchaus wie im falschen Film fühlen. Da gibt es nun seit 2023 endlich ein paar sichere Radfahrstreifen in Verkehrsgrün

auf dem Ring – und die autoverliebte CDU hat nichts anderes vor, als diese Radwege schnellstens wieder entfernen zu lassen. Als wenn das tatsächlich im Ermessen der Ratsversammlung läge. Liegt es aber nicht. Denn über verkehrsrechtliche Anordnungen hat die Ratsversammlung nicht zu befinden.

Sodass schon die ersten beiden Punkte aus dem von der CDU-Fraktion vorgelegten Antrag rechtswidrig sind: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle Abschnitte des Radstreifens auf dem Innenstadtring, deren Markierung nicht durch das Urteil des Oberverwaltungsgericht Sachsen (Aktenzeichen: 3 A 278/16) gedeckt ist, rückzubauen“ und „alle Abschnitte des Radstreifens auf dem Innenstadtring rückzubauen, wo bereits

geschützte Radwege auf der inneren Seite vorhanden sind.“

Das ist nicht einmal ein Denkfehler, denn die CDU ist lange genug im Leipziger Stadtrat, um zu wissen, dass es nicht die Ratsfraktionen sind, die über die Anlage von Radfahrstreifen entscheiden, sondern ganz allein die Stadt mit ihrer Verkehrsbehörde, die sich – obrigkeitlich – um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu kümmern hat.

Und nicht nur um das Fahrvergnügen der Automobilisten, die es irgendwie immer eiliger haben als alle anderen Verkehrsteilnehmer. Aber selbst das Urteil des Oberverwaltungsgerichts von 2018 interpretiert der CDU-Antrag sehr eigenwillig – aber eben nicht rechtskonform.



generelles Radfahrverbot auf dem Ring zu verhängen.

Also stand sie ab 2018 genau vor der Aufgabe, die im richterliche Beschluss umrissen wird: abschnittsweise zu prüfen, wie sichere Verhältnisse für die Radfahrer herzustellen sind. Wie zum Beispiel vorm Hauptbahnhof, wo die Leipziger Autolobby schon 2023 in ein gewaltiges Lamento ausbrach, weil sie die neue Verkehrsraumaufteilung als absolute Zumutung für die Kfz-Fahrer empfand.

Der Beschluss des OVG Bautzen zum Leipziger Promenadenring.

Zurück ins Jahr 2012

Die gar nicht so neue Idee der CDU-Fraktion: Dann solle doch die Stadt den gesamten Radverkehr auf eine Route innerhalb des Promenadenrings verlegen. Das ist eine Idee von 2012, welche die Stadt nie umgesetzt hat, weil es dazu viel zu viele Hindernisse auf der Route gibt, die sich nicht beseitigen lassen.

„Es ist im Sinne aller Nutzer, endlich eine attraktive, schnelle Radwegverbindung rings um den Innenstadtkern herzustellen“, meint die CDU-Fraktion in ihrem Antrag. „Auf der innenliegenden Seite kann und sollte ein vollständiger Fahrradring entstehen, der komplett vom Autoverkehr entkoppelt ist.“

Dass damit neue Probleme für Radfahrende entstehen, die am Promenadenring

einfach nur die Innenstadt umfahren – und dem Trubel der Fußgänger und Weihnachtsmärkte entkommen – wollen, hat man dann doch noch irgendwie gemerkt. Und so meint die CDU-Fraktion noch: „Darüber hinaus sind mehr Querverbindungen über die Auto-Fahrspuren herzustellen und die vorhandenen ggf. zu verbessern. Um Unfälle zu vermeiden, sind motorisierter und Fahrradverkehr zu entflechten.“

Dabei sind die grün eingefärbten Radfahrstreifen die deutlichste Entflechtung zwischen Auto- und Radverkehr. Dass man gerade auf dem Dittrichring noch nicht so viele Radfahrer sieht, hat aber nichts mit fehlender Nachfrage zu tun, sondern mit fehlenden Anschlussstücken sowohl Richtung Harkortstraße als auch Richtung Pfaffendorfer Straße.

Und richtig weltfremd ist der fünfte Antragspunkt aus dem CDU-Antrag: „Zu prüfen, inwieweit eine attraktive Querung der Innenstadt vom Peterssteinweg bis zur Gerberstraße für Radfahrer ausgewiesen werden kann und welche baulichen bzw. verkehrsrechtlichen Änderungen dafür erforderlich sind.“

Genau diese Route ist dauerhaft versperrt, weil sie zwingend durch die Fußgängerzonen der Innenstadt führen würde, wo während der Geschäftszeiten das Radfahren verboten ist. Gerade deshalb sucht die Stadt ja nach Lösungen auf dem Promenadenring, die ein sicheres und trotzdem zügiges Umfahren der City für Radfahrer ermöglichen. ■

Was die Richter entschieden haben und was nicht

„Durch die nur geringe Nutzung des grünen Radstreifens auf dem Dittrichring wird deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine Radverkehrsverbindung handelt, die tatsächlich benötigt wird“, behauptet die CDU-Fraktion in ihrem Antrag einfach mal.

„Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum Verbot des Radfahrens auf dem Ring wurde seitens der Stadtverwaltung falsch eingeordnet. Die Richter haben nicht entschieden, dass auf dem Cityring Fahrradspuren angeordnet werden müssen.“

Natürlich haben das die Richter so nicht verfügt. Sie haben lediglich die Spielräume dargelegt, innerhalb derer die Stadt agieren kann, um auch die Sicherheit von Radfahrenden zu gewährleisten. Die Prüfung von Radfahrstreifen gehört genau zu diesem Ermessensspielraum der Stadt – gerade da, wo es alternativ keine sichere Fahrradrouten gibt. Was die Stadt aber eindeutig nicht durfte, war ein



Foto: Ralf Julke
CDU-Wahlplakat am Dittrichring

INFRASTRUKTUR

Brennpunkt Prinz-Eugen-Straße/Wolfgang-Heinze-Straße

Planungen für Überweg erstmal vertagt.

Von Ralf Julke



2014 zeitweilig aufgestellt: Baustellenampel an der Kreuzung Wolfgang-Heinze-Straße/Koburger Straße/Prinz-Eugen-Straße.

Der Mangel an Planungspersonal macht sich nicht nur direkt in den Planungsabteilungen der Stadt bemerkbar. Denn viele Aufträge, gerade wenn es um eher überschaubare Projekte geht, gibt das Planungsdezernat an externe Planungsbüros. Das sicherte in der Vergangenheit immer eine zeitnahe Umsetzung. Aber auch das kommt an seine Grenzen, wie das Planungsdezernat jetzt zu einer Connewitzer Problemstelle mitteilen muss. Denn auch Ingenieure gehen mal in Rente.

„Im April 2022 folgte der Stadtrat dem Beschlussvorschlag, Querungshilfen für Fußgänger/-innen an der Kreuzung Wolfgang-Heinze-Straße/Prinz-Eugen-Straße/Koburger Straße zur prüfen und zu errichten (VII-A-06416). Ziel ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit“, stellte jetzt Linke-Stadträtin Juliane Nagel in einer Anfrage zu diesem durchaus brisanten Problem insbesondere für die Fußgänger fest.

„Mit Stand Herbst 2023 war die Stadtverwaltung dabei, die Verkehrszählungen auswerten zu lassen, die in den Abwägungsprozess

zur weiteren Bearbeitung einfließen sollten. Mit der Realisierung der Querungshilfe sei Ende 2024 zu rechnen.“

Aber nun verschiebt sich das auch das, teilt das Dezernat Stadtentwicklung und Bau in seiner Antwort mit.

Mal wieder ein Fachkräfteproblem

„Die Voruntersuchung (Leistungsphase 2) ist abgeschlossen“, erklärt es. Und muss dann doch bedauern: „Im weiteren Prozess kam es zu personellen Engpässen, sodass das Projekt nicht weiterbearbeitet werden konnte. Zudem teilte der Inhaber des beauftragten Planungsbüros mit, dass das Büro aus Altersgründen geschlossen wird. Einen Rechtsnachfolger, der das Projekt übernehmen wird, gibt es nicht.“

Auch hier wird also das sich verdichtende Fachkräfteproblem in Sachsen sichtbar.

Vorläufiges Ergebnis, so das Planungsdezernat: „Aufgrund der Gesamtsituation sowie des noch nicht beschlossenen Haushalts 2025/26 kann derzeit leider noch

kein neues Planungsbüro für die weiterführende Planung beauftragt werden.“

Die Verabschiedung des Leipziger Doppelhaushalts ist für Anfang März geplant. Eine Genehmigung durch die Landesdirektion erwartet die Stadtspitze bis zum Juni. Erst dann kann wieder ein neues Planungsbüro beauftragt werden. Wenn man denn eins findet, das noch freie Kapazitäten hat.

Dabei weiß man im Planungsdezernat, wie dieser Übergang im Bereich Prinz-Eugen-Straße, Wolfgang-Heinze-Straße/Koburger Straße einmal aussehen soll.

Termin steht erst einmal in den Sternen

„Im Zuge der Maßnahme ist der großflächige Umbau des Gehwegs vor der Begegnungsstätte der Volkssolidarität vom Beginn des Parkstreifens in der Prinz-Eugen-Straße bis vor die Ampel in der Wolfgang-Heinze-Straße vorgesehen, um die vorhandenen großen Höhenunterschiede zwischen Gehweg und Fahrbahn Prinz-Eugen-Straße ausgleichen zu können“, so das Planungsdezernat.

„Im Einmündungsbereich der Prinz-Eugen-Straße zur Koburger/Wolfgang-Heinze-Straße ist eine Querungsstelle mit abgesenkten Borden, Mittelinsel und Blindenleitsystem geplant, sodass das fußläufige Queren der Prinz-Eugen-Straße in zwei Zügen erfolgen kann.“

Nur wann das nun passieren soll, kann das Planungsdezernat aus oben genannten Gründen noch nicht sagen: „Entsprechend der Ausführungen unter 1. ist der Realisierungstermin hinfällig. Das Projekt muss, sobald der Haushalt und die personelle Situation es zulassen, neu priorisiert werden. Eine konkrete zeitliche Einordnung kann daher heute leider noch nicht benannt werden.“ ■

INFRASTRUKTUR

Überweg am Goethesteig

Die Lichtsignalanlage soll jetzt 2025 kommen

Von Ralf Julke



Foto: Sabine Eicker

Der Goethesteig am Turbine-Sportpark.

Seit Jahren ist nun eine sichere Querung für Fußgänger am Goethesteig Thema in der Ratsversammlung. Ein Thema, das die Stadtplaner eigentlich gar nicht anpacken wollten, weil sowieso für 2020 eine Komplexmaßnahme für den Goethesteig vorgesehen war – die sich dann aber, wie so viele andere Straßenbauprojekte, auf unbestimmte Zeit in ferne Zukunft verschob. Weshalb die Linksfraktion schon 2016 hier die Schaffung eines sicheren Überweges vom Agra-Park zum Sportgelände von Turbine Leipzig beantragte. Doch dann dauerte es wieder.

Entsprechend deutlich formulierte Linke-Stadträtin Juliane Nagel dann ihre Anfrage in der letzten Ratsversammlung: „Die Linksfraktion beantragte bereits im Jahr 2016 neben der Schaffung von Geh- und Radfahrwegen u.a. die Einrichtung einer Querungshilfe im Bereich Goethesteig in Höhe des Eingangs zum Agra-Park und zum Sportplatz Turbine/Roter Stern Leipzig.“

Zunächst wurde die Errichtung einer Querungshilfe im Zuge des grundhaften

Ausbaus des Goethesteigs für 2020 angekündigt, als neuer Termin wurde 2023 genannt. Wegen der zeitlichen Verzögerung wurde im Jahr 2019 darum das Vorziehen der Errichtung der Querung angekündigt, die ‚zeitnah‘ erfolgen sollte. Auf alle folgenden Anfragen wurden neue Termine gesetzt, auf die Problematik des notwendigen Eingriffs in Baumbestände und explizit ein geschütztes Biotop verwiesen und schlussendlich eine Realisierung der provisorischen Querung für 2024 angekündigt.“

Doch 2024 geschah auch nichts. Jedenfalls nicht am Goethesteig. Aber was sich für gewöhnliche Leipziger ganz einfach darstellt, ist für Verkehrsplaner, die sich an Vorschriften und Gesetze halten müssen, ein kräfte- und zeitzehrender Akt.

Das erklärt das Mobilitäts- und Tiefbauamt auch in seiner recht kurzen Antwort auf die Anfrage von Juliane Nagel. Denn tatenlos ist man nicht geblieben.

„Derzeit ist ein Planungsbüro für Lichtsignalanlagen beauftragt, die Umsetzung einer Querung mittels Fußgängersignalanlage gemeinsam mit der Verkehrsanlagenplanung einzuordnen. Aufgrund des Bestandsgrüns ist die Einordnung hinsichtlich der Sichtbarkeit der Maste sensibel zu prüfen. Gemeinsam mit allen Fachansprechpartnern wurden die naturschutzrechtlichen Herausforderungen abgestimmt und eine Genehmigungsfähigkeit geklärt“, erklärt das MTA. Und kündigt jetzt tatsächlichen einen Termin für die Umsetzung der Maßnahme an: „Der Bau wird bis Ende III. Quartal 2025 angestrebt.“

Fehlende Priorität

Bleibt ja noch die seit Jahren schwebende Frage, wann dann der Goethesteig einmal grundhaft ausgebaut werden soll. Das wollte Juliane Nagel auch gern wissen.

Aber wann dieses immer wieder verschobene Projekt einmal zur Umsetzung kommt, weiß man auch im Mobilitäts- und Tiefbauamt nicht. Denn immer wieder drängen andere Straßenprojekte in ihrer Priorität nach vorn, bei denen die Stadt den Ausbau nicht weiter verschieben kann. Der Goethesteig gehört nicht zu den dringendsten davon.

„Die Einordnung verkehrlicher Maßnahmen geschieht über den Rahmenplan zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie. Dessen fortgeschriebene Fassung wurde durch den Stadtrat mit der Vorlage VII-DS-09238 beschlossen“, so das MTA. Den Beschluss dazu fasste die Ratsversammlung erst im April 2024.

„Der Goethesteig konnte aufgrund der höheren Priorität anderer Maßnahmen (Anlage 1 des Rahmenplans) nicht priorisiert werden und ist daher in der Anlage 2 des Rahmenplans beinhaltet. Diese Maßnahmen werden mit der nächsten Fortschreibung für den Haushalt 2027/28 wieder auf ihre Priorität geprüft.“

Anlage 2 heißt: Diese Projekte werden frühestens 2027 und in den Folgejahren angepackt. Darunter befinden sich viele Projekte, über die in Leipzig schon mehrfach diskutiert und beraten wurde – wie die Anbindung des Lindenauer Hafens an den Elster-Saale-Kanal, mehrere dringend benötigte Park-and-Ride-Plätze (auch der heiß diskutierte in Meusdorf), die Reiterallee in Abtnaundorf (die schon längst hätte ausgebaut werden sollen) oder das Andienkonzept für die Innenstadt.

Von den dutzenden Straßen, die dringend auf ihre Instandsetzung warten, ganz zu schweigen. Ein Problem, das vor dem Hintergrund der neuen Haushaltsprobleme der Stadt an Brisanz gewinnt, denn mit den künftigen Haushalten werden die Spielräume der Stadt für dringend notwendige Investitionen noch enger. ■



Svenja Flaßpöhler, Streiten.
Hanser-Verlag,
2024. 128 S.

ÜBERM SCHREIBTISCH LINKS

Nur ganz Mensch

Eine Literarische Kolumne.

Von Jens-Uwe Jopp

Die 45 Jahre seines kurzen Lebens waren bei Johann Christoph Friedrich Schiller von ständigen Sorgen um seine Gesundheit geprägt. Ja, eigentlich müsste ihm mit „Krankheit“ ein zusätzlicher, vierter Vorname gegeben werden. Anfang 1791 quälten das schwächelnde Humanismus-Genie derartige Schmerzen in der Brust, verbunden mit Atemnot und Ohnmachtsanfällen, dass seine Umgebung in Jena, allen voran seine ein Jahr zuvor geehelichte Freundin Charlotte v. Lengefeld, das Schlimmste befürchtete. „Ich werde früh sterben.“ Hatte ein kränklicher Schiller früh bereits in den Jahren der Unruhe und Flucht nach Mannheim, später in Leipzig und Dresden, dem Freundeskreis ein ums andere Mal entgegengehustet. Und tatsächlich verbreitete sich zu Beginn des Frühjahrs 1791 die Nachricht im Land, vor allem unter den intellektuellen Kreisen, dass „der Liebling der Musen, Hofrat Schiller“ gestorben sei.

Ein Irrtum. Ein glücklicher. Schiller lebte noch weitere 14 philosophische und dramatische Jahre. Der Schreck über sein mögliches Ableben aber saß so tief, dass sich ein dänischer Prinz als Mäzen zur Verfügung und Schiller ein dreijähriges Arbeitsstipendium – rückwirkend von 1791 – in Aussicht stellte. Schiller wäre nicht er selbst gewesen, wenn er dieses Geschenk nach Jahren finanzieller Armut nicht ohne Gegenleistung hätte annehmen wollen. So entstand eine nicht leicht zu lesende Abhandlung der Kulturanthropologie im Zeichen der Aufklärung

– ein „humanistischer Knigge“ – in exzessiv-revolutionären Zeiten der Jakobinerherrschaft in Frankreich. Nicht einfach, aber genial. Die „Ästhetischen Briefe zur Erziehung des Menschen“, die Schiller dann 1793 herausgeben ließ.

Es ist die Analyse einer Inhalt-Form-Dialektik menschlichen Verhaltens. Unter anderem. Versucht doch Schiller, den widerstreitenden Gewalten von Sinneslust und Vernunft eine vermittelnde Instanz, einen „Verhaltens-Mediator“, zur Seite zu stellen. Schönheit versus Gewalt und Zerstörung, Bildung zum Menschsein, anstatt anderen das Recht auf gleichwertiges Leben, weil es ja ein „falsches“ sei, abzusprechen. In seinem 15. Brief stellt er dort eine paradoxe These auf. „Der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“ Da geht es nicht nur um das Spielen mit einem Gegenstand, „Spiel“ sei nach Schiller die Lösung der streitenden Instanzen von aufklären wollender Idee und siegen wollendem Affekt. Dort Abstand“ („Spiel“) zu finden, nicht ernsthaft, sondern - ganz griechisch-klassisch gedacht - sportlich-messend zu „spielen“. Niemanden existenziell zu vernichten, ja, töten zu wollen. Dahin darf politischer Streit für das „Richtige“ niemals führen. „Ich kann seit 14 Tagen keine französische Zeitung mehr lesen, so ekeln diese elenden Schindersknechte mich an.“ Schrieb Schiller mit Blick auf Paris im Februar 1793 seinem engsten Freund Körner.

Wir leben in friedlicheren Zeiten. Es gibt keinen Krieg im Land. Aber das innere,

politische Klima wird seit Jahren rauer und von nicht wenigen als bedrohlich empfunden. In virtuellen und analogen sozialen Handlungsstrukturen. Vom Streiten um Wirtschaftswende, Waffenlieferungen und Sozialabbau – wie die richtige Politik dafür aussähe – sind persönliche Diskussionen ebenso geprägt, wie es auch in allabendlichen Talkshows ordentlich „zur Sache geht.“ Gar nicht mal immer nur um die Sache, sondern oft auch um den (partei-)politischen oder profilneurotisch-individuellen Sieg im Streit mit den Kontrahenten.

„Streiten“ – so lautet auch das aktuelle, sehr persönliche Buch von Svenja Flaßpöhler (*1975), der „Philosophie-Magazin“ Chefin aus Berlin. In Essayform und auf 128 Seiten versucht die Autorin, die Streitkultur im Land und den Medien genau zu analysieren, ja, aber auch vor bedrohlichen Tendenzen zu warnen und Umdenken anzuregen. Abgegrenzt von vernichtenden Shitstorms und „Kontaktschuld“-Ausschluss plus Denunziation sollten die konstruktiven und an humanen Prämissen gemessenen Diskurse nicht nur als belebend, sondern auch als demokratieerhaltend begriffen werden. Ausnahmsweise sei an dieser Stelle aus dem Nachwort der Autorin, dem Fazit ihrer Bemühungen, zitiert. Auch um den hohen Anspruch ihrer persönlichen Gedanken sowie in ihrer Reise in die Verhaltens-Philosophie von Kant über Schmitt bis Habermas zu verdeutlichen. Sie gräbt nach den Ursachen – sieht sie wie Schiller im situativen Moment. In diesem

kurzen Moment der Entscheidung. Diskutieren, streiten und/oder dann ... gehen?

„In jedem Streit, der diesen Namen verdient, gibt es einen entscheidenden Augenblick. Es handelt sich um einen Moment nicht länger als ein Wimpernschlag, der das ganze Leben enthält, in dem alle Erfahrungen, die ein Mensch gemacht hat, aufgehoben sind. Die Entscheidung, jetzt, in dieser Millisekunde, lautet: Bleiben oder gehen. Das Bündnis halten — oder kappen. Worte finden, die, auch wenn sie klar und hart sind, ein Weiter ermöglichen — oder diese Anstrengung unterlassen. Welcher Weg gegangen wird, hängt von der Art der Erfahrungen ab. Und davon, auf welche Weise sich das Vergangene im Jetzt manifestiert.“

Jetzt zum Anfang ...

„Zunächst einmal gilt zu klären, worüber wir reden, wenn wir von „Streit“ reden. Dies umso mehr, als die Ermahnung, wir müssten wieder lernen zu streiten, dieser Tage so oft zu hören ist, dass sie in meinen Ohren schon wieder fast ein wenig wohlfeil klingt. Streit, da schwingt so herrlich mit, was uns doch allen lieb und teuer ist. Wer streiten kann, setzt sich mit Andersdenkenden auseinander, hält die Meinungsfreiheit hoch. Wie sagte Helmut Schmidt: „Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.“

Und ...

„Über das Streiten nachzudenken heißt, sich von Illusionen zu befreien. Ein Streit ist nie harmlos. Der Abgrund der Vernichtung ist immer da. Bereits die Begriffsgeschichte weist eindrücklich auf die Gewalt dieses Tuns hin, und zwar wohlgemerkt: eine physische Gewalt.“

Streit ist notwendig aber dann doch wieder nicht? Der Ausdifferenzierung des Streit-Begriffes und der Streit-Kultur in unserer Gegenwart sind die erhellenen Gedanken dieser Streit-Schrift von Flaßpöhler gewidmet. Immer unter der zu spürenden Intention, eine lebende, Widerspruch erlaubende, faire Debattenatmosphäre zu erklären und (wieder-) herzustellen. Flaßpöhler stellt sich dabei nicht fehlerfrei dar, bleibt kritisch und selbstkritisch, wenn sie ihre Erfahrungsberichte mit verallgemeinernder Analyse verbindet. Überhaupt, das Verbindende im „Spiel“ der sich mit Argumenten

messenden Partner und Parteien scheint ihr am Herzen zu liegen. Das Lebenserhaltende im notwendigen Diskurs der Argumente, ganz ähnlich dem kränkelndem, um Humanismus ringenden Schiller. Hart in der Sache, mutig und produktiv – aber verbindlich und human in der Form. So klingt dann auch ihr Abschluss ... Nochmal zum Gehen oder Bleiben im Streit.

„Für mich ist das Gehen keine Option, was ich meistens als innere Freiheit empfinde, hin und wieder aber auch schlicht als Erbe. Warum ich also streite? Um bleiben zu können. Denn nur wo wir dem Streit erlauben, bis an die Substanz eines Verhältnisses zu gehen, kann es sich beweisen.“ ■





Foto: Hagen Wiel

CULTURE-TOPIA

Gedanken zum Liebesbegriff in der Antike bei Platon

Von Konstanze Caysa

Eros in Platons Symposion: der Philosoph als der Freund oder auch der Liebhaber der Weisheit weiß, dass er die Weisheit zwar manchmal aus nächster Nähe erfahren kann, ihr nah sein kann. Aber er weiß auch, dass er sie nie haben kann wie ein Ding, das man besitzt und dessen er sich habhaft gemacht haben wird.

Denn für die Weisheit gilt ebendies wie für die Liebe. Für Augenblicke können wir durch die Liebe dem Anderen nah sein, ihn berühren, mit ihm verschmelzen. Niemals aber werden wir ihn und damit die Liebe selbst besitzen.

Es gibt weder für die Liebe noch für die Weisheit objektive Erkennungsmerkmale. Die Erfüllung der Sehnsucht für einen Moment der Erfahrung ungeahnter Intensität kann es keinen adäquaten Wortlaut, keinen intersubjektiv festhaltbaren und beweisbaren Ausdruck geben. Keine für andere befriedigende nachvollziehbare (und damit wiederholbare) Formel, die diese Intensität zugänglich für alle machen könnte. Ja, diese intensive Erfüllungs Augenblicklichkeit ist selbst für das Individuum, das die Liebe als Weisheit selbst erfuhr, unwiederbringlich und unwiederholbar. Die tatsächliche Intensität ist im Augenblick des Erlebens von existenzieller Wahrheit (Wahrhaftigkeit) für den Einzelnen die Erfahrung wahrer Schönheit.

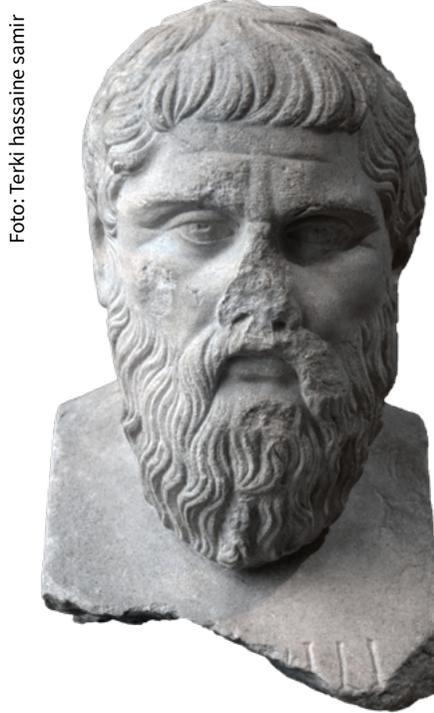


Foto: Terki hassaine samir

Im Pariser Louvre ausgestellt Platonbüste.

Sowohl im Wahrheits- wie auch im echten erotischen Liebesereignis ist Eros enthalten als Begehren, als Verlangen nach dem Schönen.

Dies Begehren verlangt aber das Maßhalten. Erst dann kann es wirkliche Schönheit, das Wesen eines Menschen, des Lebendigen gebären.

Schönheit zeigt sich, offenbart sich also nur dem, der in seinem je individuellen Begehren die Kunst des Maßhaltens lernt, der nicht verbrennt in der Flammenflut, die dies Begehren auszulösen imstande ist – nur der wird das Schöne/

die Schönheit dauerhaft und wieder erleben, der sich zu beherrschen lernt.

Derjenige, der sich haltlos seinem Verlangen in rauschhafter unbegrenzter Trunkenheit, zügellos hingibt, ist nach Platon nicht würdig der wahrhaftigen Erfahrung der Schönheit. Er will die Liebe reduzieren auf einen Gegenstand, an dem er lediglich sein erotisches Verlangen stillen und ihn als Ding letztlich besitzen will.

Die Große Vernunft des Individuums kann allein den richtigen Maßstab im Umgang mit dem Guten und Schönen finden und sich damit selbst bestimmen lernen. Denn das Schöne geht über den Einzelgegenstand und über den Begehrenden hinaus. Das Schöne als die platonische Idee vom Schönen ist weit mehr das Verliebtsein in einen Anderen und auch die Suche, die Sehnsucht nach der Wahrheit, die der einzelne Philosoph erfüllt wissen will, geht über Momente erlebter Wahrheitsintensitätserfahrungen hinaus und zielt auf das Wesen des Menschen in seinem allgemeinen Streben nach dem Wahren und Schönen.

Nach Platon ist Eros der mögliche Wegweiser zum Schönen und das Schöne ist das Gute. Ist ein Mensch auf diesem Wege, so ist er in vollstem Sinne Mensch und ist er Mensch, dann ist er auch schön.

➔ www.empraxis.net



Der mutmaßliche Mörder Oleksandre T. (25) vor Gericht mit seinem Anwalt Jens Farag

URTEIL AM LANDGERICHT

Gewaltverbrechen am Hauptbahnhof: Urteil gegen mutmaßlichen Mörder erwartet

Eine Zeugenaussage steht noch aus.

Von Lucas Böhme

Ein brutales Verbrechen im Leipziger Obdachlosenmilieu, das einen Mann das Leben kostete, wird seit Ende Oktober 2024 am Leipziger Landgericht verhandelt. Doch das eigentlich für Ende 2024 geplante Urteil verzögert sich nun doch auf den Beginn des neuen Jahres. Hintergrund: Einer der potenziellen Tatzeugen hatte Leipzig später verlassen und war für die Behörden unbekanntes Aufenthaltes, tauchte nun aber in Thüringen wieder auf.

Jener Mann, ein russischer Staatsbürger, hat laut Angaben des Gerichts inzwischen einen Asylantrag gestellt, der ihn zurück auf das Radar der Behörden brachte. Er soll Teil jener Gruppe gewesen sein, die in der Nacht zum 23. April 2024 in einem ausrangierten Transportcontainer auf der „Sachsenseite“ des Leipziger Hauptbahnhofs schlief.

Angeklagtem droht Sicherungsverwahrung

Hier hatte der wegen Mordes angeklagte Ukrainer Oleksandre T. (25) am Vormittag des 23. April laut Anklageschrift einen 43-Jährigen vor den Augen anderer brutal misshandelt und den Schwerverletzten schließlich mit dem Kabel eines Wasserkochers erdrosselt. Der banale Hintergrund: Offenbar hatte das Opfer einen Landsmann des Angeklagten am frühen Morgen aufgefordert, das provisorische Nachtlager wegen störenden Schnarchens zu verlassen.

Diese Nichtigkeit soll der 25-jährige Ukrainer zum Anlass genommen haben, seine Aggressionslust auszuleben – mit der Konsequenz, dass ein Mensch

grausam starb. Vor Gericht beteuerten mehrere Zeugen aus der Gruppe der Obdachlosen, dass man den aggressiven Täter in seinem regelrechten Gewaltausbruch noch zu stoppen versucht habe – vergebens: „Wir hatten Angst um unser Leben“, sagte etwa ein 52-Jähriger aus, wie er die dramatischen Szenen erlebte.

Generell erwies es sich für das Ermittlungsverfahren und den Prozess als hinderlich, dass einige der möglichen Tatzeugen ohne feste Anschrift schwer greifbar waren. Nun aber wird für Anfang Januar ein Urteil erwartet. Dem vorbestraften Angeklagten, der sich zunächst nicht zu den schweren Vorwürfen geäußert hatte, droht nach Gerichtsangaben im Falle eines Schuldspruchs auch die Sicherungsverwahrung. ■

Die Tageszeitung ohne Volk
www.L-I-Z.de

